Ausgabe Juni 2018

Bündnis 90 DIE GRÜNEN

Informationszeitung von Fraktion und Ortsverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN Mörfelden-Walldorf

Feuerwehr • Hessenkasse • Vereinsförderung • Amtix kurz • Straßenbeiträge • Wasserqualität

Feuerwehrstandort Walldorf

SPD, Freie Wähler und FDP stellen sich gegen die Feuerwehr

Künftig nur noch ein Feuerwehrhaus in der Stadt?

Die Freien Wähler haben schon einiges verändert: Der 1. Stadtrat Ziegler sitzt im Rathaus, Steuern und Gebühren wurden drastisch erhöht, bei Kitas und Vereinen wird gekürzt, gegen Fluglärm darf nicht mehr protestiert werden, Tempo 30 wird zurückgefahren, neue Baugebiete sollen in die Natur betoniert werden, für teure Gutachten zum Stadtmarketing ist Geld da, Natur und Umwelt spielen keine Rolle mehr.

Kurz gesagt:

Die Freien Wähler wollen die Stadt umkrempeln und die SPD macht mit.

Und jetzt kommt das nächste Aufregerthema, die Gerätehäuser der Feuerwehr. Bisher gibt es in unserer Stadt zwei Feuerwehrstandorte, einen in Walldorf und einen in Mörfelden. Der Brandschutz wird gewährleistet durch eine starke ehrenamtliche „Freiwillige Feuerwehr“, die engagiert arbeitet und die vorgeschriebenen Hilfsfristen bei ihren Einsätzen sehr gut einhält. Beide Gerätehäuser sind in die Jahre gekommen und müssen umgebaut und saniert werden. Darüber wird seit vielen Jahren diskutiert, es stehen Kosten von gut 4 Mio. € pro Standort im Raum. Der Bau eines gemeinsamen Feuerwehrstandortes für beide Ortsteile (10 Mio.) wurde aus Kostengründen und dem Schritt zur Berufsfeuerwehr stets verworfen.

Was spricht gegen ein zentrales Gerätehaus:

- **Dringende Empfehlung des Kreisbrandinspektors: Standorte in beiden Ortsteilen aus fachlicher Sicht erhalten**
- **Die Einsatzabteilungen Walldorf und Mörfelden lehnen diese Lösung einhellig ab**
- **Die vorgeschriebenen Hilfsfristen können bei einem Standort nicht eingehalten werden und machen die Einstellung von hauptamtlichen Kräften notwendig**
- **Kein geeignetes Grundstück vorhanden**
- **Demotivierung der ehrenamtlichen Feuerwehrleute und Zerbrechen der heutigen Struktur**

- **Jährliche Personalkosten von bis zu 1,8 Mio. Euro für die Berufsfeuerwehr**

>>>

Quo vadis Feuerwehr

››› Am 9.12.2017 hat sich die Brandschutzkommission der Stadt nach eingehender Beratung mit großer Mehrheit für die Beibehaltung der dezentralen Strukturen in Mörfelden-Walldorf und die Sanierung der beiden Feuerwehrstandorte ausgesprochen. Doch das wollen Freie Wähler und FDP nicht akzeptieren und fordern uneinsichtig weiterhin lautstark den Neubau mitten im Feld zwischen Mörfelden und Walldorf. Die freiwerdenden Grundstücke im Stadtgebiet will man dann Investoren zum Kauf anbieten.

Die GRÜNEN unterstützen die Feuerwehr und sprechen sich klar für die Beibehaltung der Standorte in beiden Stadtteilen aus.

Es macht für uns keinen Sinn, ein gut funktionierendes System zu zerschlagen und eine teure Berufsfeuerwehr in Mörfelden-Walldorf einzuführen.
Die beiden Gerätehäuser in Mörfelden und Walldorf müssen unverzüglich saniert werden. Es kann nicht so weitergehen, daß es bis heute keine Absaugeinrichtung für die Abgase der warmlaufenden Fahrzeuge gibt oder große Fahrzeuge wie die Drehleiter kaum noch durch die Tore der Halle passen.
Hier besteht aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf!

Zentrale Feuerwehr soll kommen – SPD ist mal wieder umgefallen

Die Koalition macht ernst und es wird alles größer als erwartet: An der Wageninger Straße mitten im Feld soll ein riesiges Areal als zentraler Feuerwehrstandort ebenso wie für den Bauhof und das DRK erschlossen werden. Rücksichtslos wird in EU-Schutzgebiete reingebaut.

Die Kosten für das Projekt werden mit schöngerechneten 15 Mio. € benannt, davon sollen 4 Mio. durch Grundstückverkäufe wieder reinkommen. In 7 Jahren soll das Gebäude stehen. Viele Kosten fehlen aber in dieser Rechnung, z.B. für die Berufsfeuerwehr, das DRK-Gebäude, die zwischenzeitliche Sanierung der alten Gerätehäuser oder die Teuerung bis zur Fertigstellung. Zuletzt werden wir wohl mit 20 Mio. rechnen müssen. Wie das Geld aufgebracht werden soll, darüber schweigen sich SPD/Freie Wähler und FDP aus, Zuschüsse gibt es jedenfalls keine.

Die „Großmannssucht“ der Freien Wähler wird letztlich der Bürger über die Grundsteuer bezahlen müssen. Noch vor einem halben Jahr hatte sich die SPD für die Erhaltung der beiden Standorte in Walldorf und Mörfelden ausgesprochen, doch jetzt tritt Bürgermeister Becker plötzlich für die zentrale Lösung ein. Ein Schlag ins Gesicht unserer Freiwilligen Feuerwehr und ihres ehrenamtlichen Engagements.

Wasserqualität in Walldorf verbessern

Das Trinkwasser im Stadtteil Walldorf ist seit vielen Jahren durch Nitrat hochbelastet. Im Walldorfer Trinkwasser werden regelmäßig Nitratwerte knapp unter 30 Milligramm pro Liter gemessen, während das Mörfelder Wasser nur etwa 0,5 mg/l enthält.

Der deutsche Grenzwert von 50 mg/l wird in Walldorf zwar nicht überschritten, wohl aber der EU-Richtwert von 25 mg/l. Derart belastetes Trinkwasser wird von Experten längst nicht mehr mit „sehr gut“ oder „gut“ bewertet, sondern erhält allenfalls noch ein „befriedigend“. Ein zu hoher Nitratgehalt kann bei Babys zu Blausucht führen. Erwachsene sind gefährdet, weil Nitrate in krebserregende Nitrosamine umgewandelt werden können.
Nitrat und Nitrit kommen z.B. in Kunstdüngern oder Gülle vor, sickern ins Grundwasser und gelangen so in unser Trinkwasser.

Weitere Chemikalien im Grundwasser

Es wäre wichtig, nach Lösungen zu suchen, besonders da seit 2 Jahren bekannt ist, daß unsere Walldorfer Brunnen östlich der Autobahn zusätzlich von einer chemischen Schmutzfahne aus der Langener Kläranlage belastet sind. Bei mehreren Parametern dieser sogenannten „Spurenstoffe“ ist inzwischen der gesundheitliche Warnwert überschritten. Zwei der vier Walldorfer Brunnen sind davon betroffen, auch hier müßten Maßnahmen zur Absicherung unserer Trinkwassergewinnung dringend getroffen werden.

Walldorfer Trinkwasserbrunnen „D“ an der Siebente Stein Schneise

Hessenkasse: Gefährliches Spiel mit dem Feuer

„Folterinstrumente“ des Landes für die nächsten 17 Jahre

Ein Tropfen auf den heißen Stein:
30 Sozialwohnungen entstehen derzeit auf dem Festplatz Mörfelden,
doch 275 Familien stehen auf der Warteliste

Die Hessenkasse ist nichts wirklich Neues. Das kennen wir schon unter dem Stichwort „Schutzschirm“. Nur dauerte der Schutzschirm 5 Jahre und brachte der Stadt 18 Mio. Euro ein, während die Hessenkasse uns nur einen Vorteil von 6 Mio. verschafft, die Stadt aber 17 Jahre unter der Kontrolle des Landes stehen wird.

Am 17.4.2018 hat das Stadtparlament mit den Stimmen der **Koalition (SPD, Freie Wähler und FDP)** den Beitritt der Stadt Mörfelden-Walldorf zur Hessenkasse beschlossen. Auch die CDU, deren Finanzminister Schäfer als Erfinder der Hessenkasse gilt, hat freudig mitgemacht. Nur GRÜNE und DKP warnten vor den Folgen und stimmten dagegen.

Die Hessenkasse ist für die Kommunen die „Chronik eines angekündigten Todes“ Teil 2, nur mit anderen Darstellern. Letztlich dient diese **brachiale Zwangsentschuldung** dazu, wie beim Schutzschirm mehr Einfluß auf die Ausgabenpolitik der Kommunen zu bekommen und den Städten und Gemeinden in Hessen ein noch engeres Korsett anzulegen.

Künftig gilt für unsere Stadt:

- **hohe zusätzliche Belastung, gleichzeitig Kürzung bei den Zuweisungen des Landes**
- **jeder städtische Haushalt muß zwingend ausgeglichen sein**
- **Die Entschuldung des Kreises muß von den Kommunen mitbezahlt werden**
- **jegliche zukünftige Kreditaufnahme der Stadt ist vom Land zu genehmigen**
- **ein Liquiditätspuffer von 1,6 Mio. muß immer auf dem Konto sein**
- **alle Investitionen müssen über Gebühren und Steuern vorab angespart werden**
- **die reguläre Entschuldung der Stadt über die Abschreibung (gut 3 Mio. Euro im Jahr) muß zusätzlich geleistet werden**
- **am 31.12.2018 muß die Stadt ihre Konten leeren und alles an das Land überweisen, d.h. am 1.1.19 fängt man mit 0,- Euro in der Kasse an**
- **Ein Ausstieg aus der Hessenkasse ist nicht möglich, es sei denn, man zahlt seine Schulden schon vorzeitig zurück**

Die **kommunale Selbständigkeit** wird durch die Hessenkasse weiter eingeschränkt. Man wird kaum noch Handlungsspielräume haben, besonders wenn die Weltwirtschaft mal nicht mehr brummt und die Gewerbesteuer nicht so sprudelt wie derzeit.

Und wie wir alle die Koalition inzwischen kennen, werden im Notfall alle Kosten sowohl des Entschuldungsprogramm als auch für Sanierungen, Straßen- und Wohnungsbau, Vereinsförderung, Feuerwehr, Kitas, ja sogar für den laufenden Betrieb der Verwaltung den BürgerInnen auferlegt werden – sei es über **Steuern, Gebühren oder Beiträge.** Die finanzielle Belastung für die Bevölkerung ist bereits heute zu hoch. Eine schnelle Entschuldung der Kommunen hört sich vielleicht gut an, doch zuletzt wird der Bürger in Mörfelden-Walldorf all dies über die Grundsteuer bezahlen müssen.

Die **Grundsteuer** wird zukünftig zum Spielball der Koalition werden: jedes Loch im Haushalt, jedes neue Projekt der Stadt muß über sie finanziert werden. Wenigstens die Straßenbeiträge müssen sofort vom Tisch, damit sie nicht noch zur Anwendung kommen. Gleichzeitig plündert das Land Hessen für seine Wohltaten weiter den Kommunalen Finanzausgleich. Das ist Geld, das den Kommunen für ihre Pflichtaufgaben zusteht.

Nach 17 Jahren werden wir sehen, ob es der finanzielle Vorteil der Hessenkasse von 6 Mio. € wert war, welche Qualität unsere städtischen Einrichtungen dann noch haben und wie teuer die BürgerInnen diesen angeblichen Gewinn der Stadt bezahlt haben werden.

Fluglärmbanner
gibt es auch anderswo

Nauheim

Frankfurt-Sachsenhausen

Rüsselsheim

Eddersheim

Trebur

Schlechte Luft durch Straßenverkehr

Die EU hat kürzlich ein Klageverfahren gegen Deutschland eröffnet, da die Atemluft in 68 (Groß-)Städten seit Jahren die Grenzwerte überschreitet. Klar ist, daß die Bundesregierung aus Rücksicht auf die Autoindustrie zu wenig für die Luftreinhaltung tut: der Dieselskandal läßt grüßen. Es geht dabei hauptsächlich um Stickoxid-Emissionen, einem gefährlichen Reizgas und Lungengift. In unserer Umgebung sind beispielsweise Darmstadt, Frankfurt und Wiesbaden hoch belastet.

Wo kommen die Stickstoffoxide her?

Hierzu gibt es Zahlen aus dem Jahr 2016 (Quelle: Umweltbundesamt):

50%
Diesel-PKW

8%
Benzin-PKW

28%
LKW (ab 7,5t)

8%
Kleintransporter

5%
Busse

Mehr Fluglärm für Mörfelden

Abflugroute „AMTIX-kurz“ soll verändert werden

Derzeit wird in verschiedenen Gremien, z.B. in der Fluglärmkommission die Veränderung der Abflugroute von der Startbahn 18 West nach Osten in Richtung Odenwald diskutiert. Schon seit langer Zeit ist eine Verlegung der Route nach Norden im Interesse der Stadt Darmstadt geplant, weil dann das Stadtgebiet von Arheilgen weniger stark überflogen wird. Die Flugzeuge sollen durch die Verlegung der Route „zwischen“ Wixhausen und Erzhausen hindurch geführt werden.

Durch die Verlegung der Abflugroute nach Norden kann davon ausgegangen werden, daß die südlichen Wohnlagen des Stadtteils Mörfelden stärker betroffen sein werden. Die Belastung unter der „ALDI-Route“ wird schon heute als unerträglich empfunden, doch durch die stärker nordöstlich ausgerichtete Abflugroute wird es zu wesentlich engeren Kurvenradien beim Abflug kommen als bisher, besonders am Abend und den Nachtrandstunden, wenn die sog. „Fernostflotte“ mit ihren großen vierstrahligen Maschinen genau diese Route nimmt. Der Lärm der sich dort immer noch in der Steigphase befindlichen Flugzeuge stellt für die Bevölkerung eine neue und zusätzliche Belastung dar.

Die Versicherung, daß es in Mörfelden durch „Amtix kurz“ nicht lauter werden würde, ist wenig glaubhaft, denn innerhalb der Routenkorridore können die Flugzeuge mit hohen Toleranzen von der Ideallinie abweichen. Die Erfahrung zeigt, daß die Flugzeuge abkürzen und näher an Mörfelden fliegen werden als heute, zum Nachteil von gut einem Drittel der Mörfelder Einwohner.

Das hat wohl auch die Fluglärmbeauftragte des Landes Hessen erkannt und von einem engmaschigen Monitoring in genau diesem Abflugbereich gesprochen. Nur das „ermonitorte“ Ergebnis wird hinterher zu keinen Änderungen der Prozeduren mehr führen, denn ein Prozess, wie er jetzt vorgesehen ist, wird Fakten schaffen, die irreversibel sind.

Flugspuren der B747-8 auf der Südumfliegung im Vergleich zur Ideallinie

Am Beispiel der Südumfliegung bei Trebur sieht man: Keiner fliegt auf der Ideallinie (Quelle: DFS)

Unser Bürgermeister Becker und sein Stellvertreter Ziegler wollen das nicht wahrhaben. Sie und ihre Koalition haben sich nicht gegen „Amtix kurz“ ausgesprochen. Dabei wären sie zuallererst den Bedürfnissen und dem Schutz der Mörfelden-Walldorfer Bürger verpflichtet.

Unverständlich, denn es muß bei aller Flughafenfreundlichkeit von SPD, Freien Wählern und FDP betont werden, daß es sich um KEINE Maßnahme der Funktionsfähigkeit der FRAPORT handelt. Ohne diese Änderung geht alles weiter wie bisher, ohne daß ein Flugzeug am Boden bleiben müsste, verspätet wäre oder sonstige Probleme hätte. Im Gegenteil: Nach Blick auf das grafische Material wird jeder Pilot und auch die Flugsicherung sich fragen: Warum soll ich eigentlich auf dieser geraden Strecke eine zweimalige Kurve fliegen?

Das Grundproblem „Lärm“ bleibt

Der „Versuch“, eine vorübergehende Reduzierung der Betroffenenzahl im Flughafennahbereich zu erreichen, wird aus den genannten Gründen nicht funktionieren und zusätzlich die Orte Mörfelden, Erzhausen und Wixhausen stärker verlärmen.

Die Belastungen durch den Flugverkehr werden eben nicht reduziert, sie werden nur an anderer Stelle und für andere Betroffene hör- und spürbar.

Die Frage der Lärmverschiebung zugunsten der einen oder anderen Reduzierung von Betroffenen war immer und ist hoch umstritten. Denn diese Art von „Placebo“ für die lärmgeplagte Region bringt nur denen etwas, deren Lobby-Arbeit am lautesten ist, deren Seilschaften funktionieren und die darauf achten, daß sie selbst wenig, die anderen aber umso mehr abbekommen.

Denn es gibt keinen Ausweg aus dem Dilemma: Der Krach ist da, er bleibt und er kann nur woanders hin verschoben werden.

Protestbanner in Walldorf

Gesetzesänderung im Landtag erfolgt

Wann wird die Straßenbeitragssatzung bei uns abgeschafft?

Im Dezember 2017 hat die Koalition von SPD, Freien Wählern und FDP zusammen mit der CDU vor der Obrigkeit gekuscht und die Satzung zur Erhebung von Straßenbeiträgen in Mörfelden-Walldorf gegen die Stimmen von GRÜNEN und DKP beschlossen. Das Thema hat für viel Unmut in der Bevölkerung gesorgt. Eine Bürgeraktion hat sich gegründet und 2.600 Unterschriften gegen die Einführung von Straßenbeiträgen in Mörfelden-Walldorf gesammelt.

Das Thema „Straßenbeiträge“ macht inzwischen landesweit Furore und eine Vielzahl von Initiativen schlossen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft „Beitragsfreies Hessen“ zusammen.

Am 27.2.18 wurde im Stadtparlament ein Resolutionsantrag der GRÜNEN einstimmig angenommen, in dem der Hess. Landtag aufgefordert wird, das Kommunalabgabegesetz und die Gemeindeordnung zu ändern, damit Kommunen nicht mehr gezwungen werden können, Straßenbeiträge zu erheben.

Inzwischen hat die Politik in Wiesbaden reagiert und es fand sich eine Mehrheit für eine Gesetzesänderung noch in dieser Legislaturperiode. Die Fraktionen von CDU, GRÜNEN und FDP haben am 24.5.18 beschlossen, die „Soll“-Regelung zur Erhebung von Straßenbeiträgen wieder in eine „Kann“-Bestimmung umzuwandeln.

Damit ist unsere Mindestforderung erreicht und die Stadt kann hoffentlich demnächst wieder selbst entscheiden, wie sie ihren Straßenbau finanziert.

Wir haben aktuell beim Magistrat der Stadt angefragt, ob der Bürgermeister bereits Gespräche mit Regierungspräsidium und Kommunalaufsicht führt und ob und wie die Straßenbeitragssatzung in Mörfelden-Walldorf angesichts der Entscheidung im Landtag wieder zurückgenommen werden kann. Wir wollen dabei vom Magistrat auch wissen, zu welchem Termin die Abschaffung des Straßenbeitrags geplant ist.

Schöne neue Welt

Das Internet der Dinge soll unser Leben erleichtern. Wir holen smarte Kühlschränke, Fernseher, Fitness-Apps etc. ins Haus oder tragen sie an unserem Körper. Wir verbinden uns mit der großen, weiten Welt und lassen uns gleichzeitig auskundschaften.

Ist die Spielpuppe ungefährlich, die Gespräche aufzeichnet und an die Herstellerfirma weiterleitet?

Ist der Fernseher ungefährlich, der mit der Kamera in unser Wohnzimmer schaut, uns zuhört und zur Wanze wird?

Ist Googles Thermostat „Nest“ ungefährlich, der weiß, in welchem Zimmer sich wieviele Personen aufhalten (Temperaturschwankungen, Luftfeuchtigkeit), der womöglich auch Rückschlüsse darauf ziehen kann, ob anwesende Personen gerade Sex miteinander haben?

Ist unser smartes Auto ungefährlich, in dessen IT-System man von außen manipulierend eingreifen kann?

Ist unser selbstfahrender Staubsauger ungefährlich, der unsere Wohnung kartografieren und fotografieren kann?

Ist unsere Fitness-App ungefährlich, obwohl sie neben dem Abgreifen von Gesundheitsdaten die Überwachung unseres Standorts ermöglicht?

Wer schaut uns zu? Sind es ‚nur‘ die Geheimdienste etlicher Länder? Sind es die globalen Konzerne? Sind es Datenhacker, sind es Kriminelle? Wer kauft gestohlene Patientendaten für wenige Cent? Eine 100%-ige Sicherheit wird es nicht geben. Aber wir geben viel zu leichtfertig aus Bequemlichkeit unsere Privatsphäre auf. Die Konzerne verdienen Geld mit unseren Daten, sie überwachen uns und zunehmend bestimmen sie darüber, wie wir zu denken und wie wir zu leben haben.

Der Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN, Konstantin von Notz, sagte treffend: „Überwachung ist ein schleichendes Gift“.

Hoffentlich geht's hier bald voran: Die marode ‚kleine' Turnhalle in Mörfelden

Konzeptlosigkeit der Stadt bei der Vereinsförderung

TGS sagt Hallenbau endgültig ab

Vor gut einem Jahr hätte es fast geklappt: Der Hallenneubau der TGS in Walldorf als Ersatzlösung für die marode städtische Waldenserhalle schien in trockenen Tüchern. Doch der vom Walldorfer Großverein erhoffte Sonderzuschuß scheiterte in letzter Minute an der Uneinigkeit der SPD/FW/FDP-Koalition und der Verein mußte seinen Antrag zurückziehen. Daraufhin wurde damals von Bürgermeister Becker und EStR Ziegler die „Beruhigungspille" ausgegeben, dies sei noch nicht das letzte Wort, man wolle mit der TGS im Gespräch bleiben.

Doch inzwischen hat sich auch dieses Versprechen erledigt: Die TGS hat das Vorhaben endgültig abgesagt. Aufgrund fehlender Zusagen der Stadt Mörfelden-Walldorf zur Mitfinanzierung der neuen Halle baut der Verein nunmehr sein bestehendes Gebäude an der Okrifteler Straße für neue Angebote im Reha- und Seniorensport und weitere Übungsräume bedarfsgerecht um.

Damit ist die Ersatzlösung für die marode städtische Waldenserhofhalle in der Langstraße und eine damit verbundene wohnungsbauliche Entwicklung in diesem innerstädtischen Bereich in weite Ferne gerückt.

Auch in Mörfelden klemmt es

Es ist klar, daß auch die SKV Mörfelden mit ihrem Sporthallenprojekt nicht ohne Sonderzuschuß der Stadt auskommen wird. Der Verein mußte monatelang auf eine verläßliche Zusage warten, jetzt soll sie endlich kommen. Das Hallenprojekt der SKV ist ein Ersatzbau für die in die Jahre gekommene kleine Turnhalle auf dem Festplatz, die sich in städtischem Besitz befindet und durch hohe Unterhaltskosten den Haushalt belastet. Das dortige Areal ist sogar schon versprochen und verplant, nämlich für eine Erweiterung des Altenhilfezentrums Mörfelden.

Es ist für die GRÜNEN nicht nachvollziehbar, wieso die Stadt das Angebot der Vereine, neue Hallenkapazität in Eigenregie zu schaffen, so zögerlich annimmt und fördert. Die städtischen Sonderzuschüsse würden sich mehr als bezahlt machen!

Hektik beim Kita-Ausbau ausgebrochen

Kita-Container auf Feuerwehrübungsgelände aufgestellt

Container-Kita auf dem Feuerwehrgelände: Eingangsbereich und Spielgelände

Vor einem Jahr wurde noch abgewiegelt

Die GRÜNEN hatten damals einen Waldkindergarten angeregt, um das Angebot zu erweitern. Doch Dezernent und Koalition meinten, brauchen wir nicht, es gäbe auch keine Warteliste. Daraufhin mußten wir unseren Antrag zurückziehen.

Doch der Magistrat hat die Entwicklung verschlafen, denn inzwischen ist alles ganz anders und Hektik ist ausgebrochen: Zwei Kitas werden baulich erweitert, Plätze massiv aufgestockt und – zu aller Überraschung – der Waldkindergarten kommt jetzt doch und wird sogar stark nachgefragt: für die 20 Plätze liegen über 100 Anmeldungen vor. So etwas nennen die Freien Wähler dann ‚Lernprozess', man könnte auch Ideenklau sagen.

Container-Kita an der Feuerwehr

Und dann mußte noch ganz schnell eine Container-Kita mit 100 Plätzen für mindestens 4 Jahre am denkbar schlechtesten Standort errichtet werden, nämlich im Innenhof der Feuerwehr Mörfelden.

Unserer Meinung nach wären die Standorte nördlich des Bahnhofs (natürlich mit einer Lärmschutzwand) oder in der Siemensstraße deutlich besser gewesen. Die dazu erforderlichen Genehmigungen hätten längst eingeholt werden können.

Der Standort am Gärtnerweg beeinträchtigt jedoch massiv die Belange des Brandschutzes. Das Parkchaos in der Sankt Florian-Straße ist vorprogrammiert, gefährliche Situationen und Konflikte bei Feuerwehralarm sind unausweichlich. Die Lager- und Übungsflächen der Feuerwehr grenzen direkt an die Kita, die Übungsfläche umgibt die Kita sogar von drei Seiten.

Notdienst in den Kitas

Zum Sommer 2017 hatte die Koalition von SPD/FW/FDP die Personalausstattung der Kitas um jeweils eine halbe Stelle reduziert: insgesamt fielen 4,5 Stellen weg.

Als im Februar/März 2018 die Grippewelle zuschlug, kam es wie es kommen mußte: Reihenweise mußten Kitagruppen geschlossen und die Kinder wieder nach Hause geschickt werden. Eine städtische Kita stand kurz vor der Schließung, statt 100 Kindern konnten nur noch 20 betreut werden.

Die GRÜNEN beklagen eine viel zu dünne Personaldecke in den Kitas, wodurch es schnell zu Notsituationen kommen könne. Das Personal wird gekürzt, während die Anforderungen der Betreuung stiegen. Selbst bei Normalbetrieb ist die Personalausstattung beim gestiegenen Bedarf der Kinder nicht mehr ausreichend. Beispielsweise seien auch Ü3-Kinder zunehmend nicht ‚sauber' und müssten gewickelt werden. Dies sei im Personalschlüssel nicht abgebildet. Auch könnten behinderte Kinder (Integrativplätze) nicht ihrem Bedarf entsprechend betreut werden.

Geld wäre genug da

Eine bessere Kinderbetreuung wäre in unserer Stadt möglich, die Steuereinnahmen sprudeln derzeit reichlich. So hat der Haushalt 2017 mit einem Überschuß von 8 Mio. € abgeschlossen. Es gibt keinen Grund, bei den Kitas wie auch bei den Vereinen weiter zu kürzen oder die Grundsteuer derart zu erhöhen wie es die Koalition getan hat.

Herausgeber:
Ortsverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Mörfelden-Walldorf

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Stadtparlament

Auflage: 15.500

Kontaktadressen:
Stadtteil Mörfelden: Dr. Richard Lehner, Hintergasse 2
Stadtteil Walldorf: Hella Winkler, Emil-von-Behring-Str. 18
GRÜNE Fraktion: Andrea Winkler, Emil-von-Behring-Str. 18

B'90/DIE GRÜNEN OV Mörfelden-Walldorf
www.gruene-mw.de
Mitarbeit an dieser Zeitung: Andrea Winkler, Richard Lehner, Bernhard Kinkel, Franz Urhahn, Andrea Pons, Thomas Winkler